

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volles

Abozinsatzpreis mit der Mgl. Unterhaltungsbeitrags-Zonen, Witten, Zwickau sowie bei Frauen- und Jugendzeitung abgestuft. Druckfehler monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierstündig, Nr. 2,75, unter Bezugnahme auf Sonderdruck und Zeitungsdruck 50.—. Druckfehler Mgl. mit Wiederaufnahme der Kosten und Schadens.

Redaktion: Gr. Brüderstraße 14, II. Tel. 2405.  
Sprechstunde am Freitagvormittag von 12 bis 1 Uhr.  
Circulation: Gr. Brüderstraße 14, Tel. 1700.  
Zeitungszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postzettel werden bis geschätzte Zeitpunkte mit 50 Pf. berechnet, bei beständiger Wiederholung nach Rechtfertigung. Sonderabrechnungen 25 Pf. Jährliche Abrechnung bis Spätestens 1.10 Uhr tritt in der Opposition abgeglichen sein und soll im nächsten Jahr beginnen. — Sitzungssitz: Dresden Volkszeitung.

Nr. 177.

Dresden, Freitag den 2. August 1912.

23. Jahrg.

## Internationale Schwarzfärberel.

pc. Berlin, 1. August.

In der Nummer vom 30. Juli des offiziellen Organs der sozialistischen Regierungspartei, des Radical, schreibt der führende Minister der öffentlichen Arbeiten, Charles Dumont, in einem Artikel über das "Europäische Unbehagen": "Der Friede ist bedroht. Alle Welt fühlt's." Dieser Satz ist bezeichnend für die Reichsfertigkeit, mit der Deute, die im politischen Leben ihres Landes eine erste Rolle spielen, die Fragen der auswärtigen Politik behandeln. Tatsächlich ist der Friede keineswegs stärker bedroht als voriges Jahr oder vorheriges Jahr. Charles Dumont hätte ebenso gut schreiben können: "Alle Welt fühlt, daß die Atmosphäre sicher geworden ist." Denn im Grunde genommen weiß "alle Welt" eigentlich nicht recht, was sie fühlen soll. Die Geheimnisse der Diplomaten aller Völker, die Mandate der Börsen, die Sprungfertigkeit gewisser Regierungen haben den "aller Welt" ein Gefühl der Unsicherheit entstehen lassen, das in Wirklichkeit oft gar nicht gerechtfertigt ist, daß jedoch den Spekulanten, in Patriotismus und Papieren" das Handwerk erleichtert.

Mit Ausnahme des englischen Unterhauses hat sich kein Parlament Europas seiner Regierung gegenüber eine solche Stellung zu verschaffen gewußt, daß es in der auswärtigen Politik eine entscheidende Rolle spielen kann. In Deutschland hat sich die Regierung in den letzten Jahren zwar herabgelassen, in der Kommission die und da "internationale" Wirtschaftungen zu machen, die streng verteidigt behandelt werden mußten, obwohl sie selbst das Staatsinteresse bedroht hätten, wenn sie wirklich beprochen worden wären; aber im allgemeinen werden der Reichstag und die Kommission vor "fertige Tatsachen" gehalten. Das Parlament spielt die Rolle eines Statisten. In Österreich-Ungarn macht es die Regierung nicht anders, wenn auch den Kommissionen schwer gehende Rechte eingeräumt sind. In Italien hat Giulini mit der Trikolosaffäre gezeigt, wie man das Parlament zur Rolle des Souffieurs herabwürdig, der einfach dem Lande den Regierungsteig "aufliest". In Russland bleibt die Duma bis heute sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik nur die lächerliche Karikatur einer parlamentarischen Konstitution. Und in Frankreich selbst, der Republik, hat die Deutschtisch-Schuldenvertragspolitik es fertig gebracht, die der Räume zugehenden Rechte auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten teilweise illusorisch zu machen. Dieser Zustand ist es, der die Völker am sättigen beunruhigen muß.

Den Glauben an offizielle Kundgebungen hat die Masse schon längst verloren. Und die internationale Welt Presse sorgt durch eine Berichterstattung, die vor dem plumpen Widerstreichen nicht zurücksteht, wenn es gilt, der einen oder der anderen Klique beigeiziehen, dafür, daß sich die "Gefühle aller Welt" immer mehr bewirken, so daß die geringste Schredensnachricht genügt, um "alle Welt" zu alarmieren. Die Presse des Dreiländes und der Triple-Entente hat in dieser Hinsicht unvergleichliche Bravour gezeigt: die einen aus Sensationslust, die anderen, weil sie von irgendwelcher Regierung oder irgendwelcher Kapitalistengruppe bezahlt waren. Es ist also gleichermaßen schwer, dem zu sprechen, was angeblich "alle Welt" fühlt, schon deswegen, weil unkontrollierbare Mächte tätig sind, schwierig zu färben und den blutigen Konflikt zwischen Dreiland und Triple-Entente als etwas Sichereres zu prophezeien, wie es unsere Militäristen und Aldeutschen tun, das heißt, offiziell eine Brandstimmung begünstigen, die dem wildesten Rüttelthun dienen soll. Wer die internationale Konstellation ohne chauvinistische Wille, ohne nationalen Egoismus und ohne den Wunsch, Wirtswort angustifzen, zu erkennen versucht, der muß sagen, daß ein blütiger Konflikt zwischen den europäischen Mächten noch nie unwahrscheinlicher war als gegenwärtig, allen gefährlichen Bagatilen zum Trotz, die unaufhörlich in die Atmosphäre geschleudert werden. Denn noch nie hatten Europameister ein so gemeinsames Interesse daran, in Friede miteinander zu leben, um dem völkerjährigen Konkurrenten des Westens, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und dem schnell reisenden Konkurrenten des Ostens, Japan, auf dem Weltmarkt die Stufen dienen zu können.

Aber nicht nur diese außerhalb Europas liegenden Helden sind es, die ihnen gebieten, sich friedlich zu verhalten: innerhalb Europas selbst sind genug Elemente vorhanden, die sich wie eiserne Ketten um die Handgelenke jener legen, denen ein Krieg erträglich ist. Es ist eine Friedensgarantie, daß sich weder die Staaten des Dreiländes noch die Regierungen der Triple-Entente völlig trauen. Es ist eine Friedensgarantie, daß alle Völker ihren "inneren Feind", die Arbeitersbewegung, haben. (Man hole das Beispiel Italiens nicht heran, daß es wagen könnte, seine Truppen nach Afrika zu schicken. Ein kontinentaler Krieg würde andere Weltmächte und andere Hoffnungen aufwecken.) Es ist eine Friedensgarantie, daß alle kapitalistischen Interessen heute so eng miteinander verschlüpft sind, daß "Siege" ebenso verheerend fürs Kapital wirken könnten als "Niederlagen". Es ist eine Friedensgarantie, daß in Wirklichkeit keines der für einen Krieg

in Betracht kommenden Völker um seine Existenz oder auch nur um seine wirtschaftliche Höheentwicklung zu kämpfen hat (wodurch es zur Verzweiflung getrieben werden könnte), sondern daß die riesige Steigerung des deutschen Handels, der deutschen Industrie ein relativ zwar geringeres, aber absolut noch gewaltigeres Wachstum des englischen Exports und Importes nicht verhinderte, daß die Geldgeschäfte Frankreichs seinen Kapitalisten immer größere Bindemittel eintragen.

Ein paar Bissen beweisen, wie verlogen diese Darstellungen sind, die glauben machen wollen, daß der produktive Aufschwung Deutschlands dem englischen Handel schweren Schaden zufüge, wie die Jingoisten schreiben — oder daß Englands Wirtschaftstellung den Abfall der deutschen Produktion den Weg versperrte. Der englische Außenhandel brachte im Jahre 1910 25 Milliarden Mark. Im Jahre 1911 nahm er um zwei ganze Milliarden zu. Das hinderte den deutschen Außenhandel nicht, von 15 Milliarden im Jahre 1910/11 auf 18 Milliarden im Jahre 1911/12 zu steigen. Der englische Export, der von 1880 bis 1890 durchschnittlich 4500 Millionen Mark beträgt, stieg 1904 auf 6000, 1905 auf 6600, 1906 auf 7500, 1907 auf 8400 Millionen und läuft im Jahre 1910/11 die zehnte Milliarde weit hinter sich. Der deutsche Export durchlief von 1904 bis 1911 den goldenen Weg von 5200 Millionen Mark auf 7467 Millionen. Den beiden Konkurrenten geht es also gleichermaßen gut. England kann sich nicht beklagen, da sein gesamter Außenhandel immer noch um fast zehn Milliarden stärker ist als der deutsche. Und Deutschland hat allen Grund, zufrieden zu sein darüber, daß es ohne "politische Vergangenheit" so hoch gekommen ist. Die Statistik zeigt außerdem, daß die beiden Hauptkonkurrenten selbst miteinander gute Geschäfte machen. Zehn Prozent der englischen Produktion werden nach Deutschland exportiert. Und Deutschland schlägt nicht viel weniger über den Kanal... Ein Krieg wäre für beide eine geschäftliche Katastrophe.

## Die Teuerung schreitet fort.

A. C. Der durchschnittliche Rückgang des Kostenaufwandes für die wichtigsten Nahrung- und Genussmittel im Mai, an dem der deutsche Konsum mancherlei Hoffnungen knüpfte, ist nicht von Dauer gewesen. Man durfte annehmen, daß der günstige Saatenstand, vor allem der Preisrückgang von Buttergerste, eine Erhöhung der Preise am Markt der Nahrungsmittel herbeiführen werde. Aber gerade die Fleischpreise befinden Monat für Monat eine harf' heigende Tendenz, und keine Angewidern kann darauf hin, daß diese Steigerung in naher Zukunft ein Ende finde. Die Spannung zwischen den Fleischpreisen vom Mai und Juni ist so stark, daß die rückläufige Fleischbewegung der vegetabilischen Nahrungsmittel bei weitem keinen Ausgleich vorbereitet. Man kann den in etwa 190 Städten Deutschlands vorangegangenen Erhebungen über den Stand der Preise für die wichtigsten Lebens- und Genussmittel den tatsächlichen Nahrungsmittelauflauf für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungskosten des Dreiländes und der Triple-Entente hat in dieser Hinsicht unvergleichliche Bravour gezeigt: die einen aus Sensationslust, die anderen, weil sie von irgendwelcher Regierung oder irgendwelcher Kapitalistengruppe bezahlt waren. Es ist also gleichermaßen schwer, dem zu sprechen, was angeblich "alle Welt" fühlt, schon deswegen, weil unkontrollierbare Mächte tätig sind, schwierig zu färben und den blutigen Konflikt zwischen Dreiland und Triple-Entente als etwas Sichereres zu prophezeien, wie es unsere Militäristen und Aldeutschen tun, das heißt, offiziell eine Brandstimmung begünstigen, die dem wildesten Rüttelthun dienen soll. Wer die internationale Konstellation ohne chauvinistische Wille, ohne nationalen Egoismus und ohne den Wunsch, Wirtswort angustifzen, zu erkennen versucht, der muß sagen, daß ein blütiger Konflikt zwischen den europäischen Mächten noch nie unwahrscheinlicher war als gegenwärtig, allen gefährlichen Bagatilen zum Trotz, die unaufhörlich in die Atmosphäre geschleudert werden. Denn noch nie hatten Europameister ein so gemeinsames Interesse daran, in Friede miteinander zu leben, um dem völkerjährigen Konkurrenten des Westens, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, und dem schnell reisenden Konkurrenten des Ostens, Japan, auf dem Weltmarkt die Stufen dienen zu können.

Im April zum Mai d. J. war mit einiger Vorsicht eine Annahme der Haushaltssumme um 0,22 M. beobachtet worden. Der nächste Monat brachte hingegen eine Erhöhung um 0,88 M. Seit Januar des laufenden Jahres ist der durchschnittliche Nahrungsmittelauflauf bereits um 1,16 M. gestiegen und gegen den Korrespondenzmonat des Vorjahrs ergibt sich gar eine Spannung von 1,88 M. Für das gesamte erste Halbjahr 1912 erwartet sich eine durchschnittliche Zunahme von 25,80 M. Der Lebensmittelauflauf im Wochendurchschnitt des ersten Quartiers 1911 hatte sich auf 28,70 M. gestellt. Die gegenwärtige Entwicklung der beiden letztgenannten Ziffern veranlaßt vielleicht am überzeugendsten, daß die Bezeichnung des laufenden Jahres als einer empfindlichen Teuerungszeit auf festem Boden steht. Im Berichtsmonat stellten sich die Kosten des Nahrungsmittelauflaufs in verschiedenen Landesteilen noch wesentlich höher als im Reichsdurchschnitt. Für die wichtigsten von ihnen ergaben sich folgende Zunahmen in Mark:

	Juni 1911	Juni 1912	Summe
Baden	25,94	27,95	1,81
Bay.-Württemberg	25,78	27,11	1,33
Hessen	25,93	27,01	1,08
Kurh. Staaten	23,82	26,59	2,77
Provinz Sachsen	24,82	25,40	1,78
Brandenburg	28,01	28,28	0,25

Im Vergleich zum Vorjahr war die Steigerung in der Provinz Brandenburg besonders stark. Der Nahrungsmittelauflauf stellte sich im Berichtsmonat in Groß-Berlin auf 25,90 M. blieb dem Reichsdurchschnitt mithin nahe. Die höchste Zunahme unter allen deutschen Städten wiesen im Juni 1912 Crefeld mit 29,42 M. und Konstanz mit 29,40 M. auf. Die niedrigste Standardziffer wurde für Bautzen mit 21,75 M. berechnet. In folgenden Landesteilen waren die Kosten des Nahrungsmittelauflaufs für eine vierköpfige Familie wesentlich niedriger als im Reichsdurchschnitt:

	Juni 1911	Juni 1912	Summe
Sachsen	23,40	25,05	1,65
Hannover	23,35	24,93	1,58
Pommern	23,71	24,88	2,12
Oldenburg	22,50	24,48	1,98
Ostpreußen	22,25	23,98	1,81
Westpreußen	21,98	23,52	1,54

Auch in diesen Landesteilen ist gegen das Vorjahr durchweg eine erhebliche Steigerung der Haushaltssummen eingetreten, am empfindlichsten bei Pommern mit 2,12 M. Von der allgemeinen Teuerung werden am härtesten West- und Südbedürfnisse betroffen, während das Niveau der Lebensmittelpreise im Nordesten des Reiches relativ niedrig geblieben ist.

## Staat und Kirche.

Die Entwicklung in der evangelischen Kirche macht unser konserватiv-Orthodoxen viel Kopfzerbrechen. Die evangelische Kirche funktioniert schon längst nicht mehr so wie sie soll. Die Herren Pastoren bekränzen sich nicht mehr darauf, den alten edlen und reichen Glauben zu lehren. In vielen von ihnen nagt der Zahn des Zweifels. Der offiziell vorgeschriebene Glaube ist vor Jahrhunderten festgelegt worden, zu einer Zeit, wo man weder von den Ergebnissen der modernen Naturforschung noch von den der modernen Bibelkritik eine Ahnung hatte. Es wird den Angehörigen der Kirche zugemutet, an Dinge zu glauben, mit denen sich ein moderner Mensch kaum abfinden kann, auch wenn er noch so religiös gesinnt ist. Und das schlimme ist, daß die mehr oder weniger höheren Geistlichen mit ihren Zweifeln nicht mehr hinter dem Bergen halten und daß nicht nur die Hirten, sondern auch die Schädeln stark angegriffen sind. Einzelne Geistlichen, die es besonders arg getrieben haben, kann man zwar mit Hilfe von Verleumdung und Disziplinarverfahren bestrafen. Aber gegen alle liberalen Geistlichen kann man nicht in dieser Weise vorgehen. Das würde die Auflösung der Kirche bedeuten, da ja ein großer Teil der Gemeindemitglieder sich hinter die Felsen stellen würde. In dem Maße aber, wie der Zweifel in der Kirche alles durchsetzt, hört diese immer mehr auf, ein Werkzeug gegen die Sozialdemokratie zu sein. Wenn nichts mehr feststeht, wenn es viele altüberlieferete Glaubenssätze bekräftigt werden, wie soll es da noch möglich sein, irgend jemand einzureden, daß er das lieben Gottes wegen verpflichtet sei, für Thron, Altar und Geldsack zu kämpfen und unseren Jungen Folgsame zu leisten, wenn sie mit Gott für das Patriotenmonie der Besiegten, aber wie es in ihrem Jargon heißt, für König und Vaterland fechten. Die Zahl der Leute, die daran glauben, daß die kapitalistische Gesellschaft mit ihrem Massenendl "gotigmögl" ist, muß immer geringer werden. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß gerade die evangelischen Landeskirchen das Interesse an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustands verlieren. In mehreren Kreisen hat sich das bekannte Berliner Junterorgan, die Kreuzzeitung, mit dem Kirchenproblem beschäftigt. Es wird darin offen ausgedrückt, daß die kirchlichen Verhältnisse von heute auf die Dauer nicht haltbar sind. Es heißt u. a. in dem konserватiven Blatt:

Die Liberalen empfinden es als unerträglich, daß die evangelische Landeskirche, die doch von der Steuerkraft aller ihrer Glieder lebt und große Unterstützung aus den von allen Staatsbürgern gefühlten Staatslasten empfängt, eine Bekennnisordnung hat, mit der Millionen von Kirchengliedern und Staatsbürgern zerfallen sind. Die Ergebnisse zeigen es uns jedoch, welche Schwierigkeiten für die Kirche entstehen, wenn dem Verlangen des kirchlichen Liberalismus, das Bekennnis der Kirche außer Kraft zu setzen, nicht entsprochen wird. Die Bekennnisfreien leiden unter der kirchlichen Unwähligkeit, daß die Bekennnisordnung auf dem Papier steht, aber nicht durchgeführt wird. In Berlin gibt es nun schon eine ganze Reihe von Gemeinden, in denen das reformatorische Bekennnis und das biblische Evangelium nicht mehr geprägt wird. Und die Kirchenbehörde hat die positiveren Gemeindemitglieder, die Kirche erblicken, lediglich an die Pastoren anderer Gemeinden verwiesen. Das dies von vielen Gemeindemitgliedern als ein unerträglicher kirchlicher Zustand empfunden wird, ist durchaus zu verstehen.

Und nachdem daß Blatt verschiedene Vorschläge beschlossen hat, die eine Kenderung der bestehenden Zustände herbeiführen sollen, führt es aus:

Wenn überhaupt der gegenwärtige Zustand geändert werden soll, dann wird jeder wirkliche Staatsmann es darauf absehen, die vorhandenen Missstände gründlich zu beseitigen. Alle halben Maßregeln töten nur verwirren. Weder kann die Machthabern im kirchlichen Leben, die einer grundsätzlichen Aenderung widerstehen, so stark, daß an einer unfernen Fronten nur vorläufige Regelung der Frage schwierig zu denken ist. Die Front muss zeit werden, ehe sie geplündert werden kann. Die kirchliche Entwicklung muss sich zu der allgemeinen Entwicklung nicht fortsetzen. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß — nach den bisherigen Vorgängen zu urteilen — der Gedanke der Trennung von Staat und Kirche als der einzigen fähigen Lösung der vorhandenen kirchlichen Schwierigkeiten, besonders im Auge auf die Verhältnisse der katholischen Kirche, in den nächsten Jahren noch viel weitere Fortschritte gemacht haben wird als bisher. Schließlich wird es nur darauf ankommen, ob im gegebenen Augenblick ein Staatsmann da ist, der um des Staates, um der Kirche, um des Volkes willen den Mut hat, zu